

Der 1. und der 2. Mai 1933

Georg Fülberth

Am 2. Mai 1933 besetzten SA und SS im gesamten Deutschen Reich die Gewerkschaftshäuser. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) wurde zeitweilig in Haft genommen, einzelne seiner Mitglieder sind misshandelt und gedemütigt worden. Sämtliche Gewerkschaften, nicht nur der ADGB, sondern auch der „Allgemeine freie Angestelltenbund“ (AfA), die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, wurden in der „Deutschen Arbeitsfront“, in der Unternehmer und abhängig Arbeitende gemeinsam organisiert waren, gleichgeschaltet. Bis 1945 gab es in Deutschland keine freien Gewerkschaften mehr. Widerstand hiergegen gab es 1933 nicht.

Wir haben uns zu fragen: Wie konnte das geschehen?

Die Antwort auf diese Frage verweist uns zunächst auf den 30. Januar 1933, den Tag, an dem Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler ernannte. Auch der Verweis auf dieses Datum ist nur eine vorläufige Antwort, denn er führt zu einer neuen Frage: Wie konnte es zu dieser Machtübertragung am 30. Januar kommen? Um sie zu beantworten, müssen wir uns mit den Besonderheiten des deutschen Kapitalismus und ihren Ausprägungen in der Weimarer Republik befassen.

Dieser deutsche Kapitalismus war in der Tat ein ganz besonderer Kapitalismus, ein Kapitalismus von einer spezifischen Dynamik und Aggressivität. Das lässt sich zeigen an dem Unterschied des deutschen Kapitalismus zum Kapitalismus anderer hoch entwickelter Länder.

In Großbritannien zuerst und dann in Frankreich und den USA entwickelte sich der Kapitalismus in seiner industriellen Form innerhalb schon bestehender Nationalstaaten, in Deutschland aber in Territorialstaaten, die für die Dynamik des Kapitalismus zu klein waren. So riss dieser von Anfang an Grenzen nieder, bald militärisch unter der Führung desjenigen Staates, der aufgrund seines Umfangs und seiner Ressourcen ihm durchaus genügend Raum geboten hätte, aber sofort sich auf den Weg der Eroberung machte, zunächst in Deutschland: Preußen. Als 1871 der kleindeutsche Einheitsstaat (ohne Österreich) hergestellt war, gingen die älteren Nationalstaaten schon über ihre Grenzen hinaus: im Imperialismus. Deutschland war der Newcomer auf diesem Feld, und der Konflikt der imperialistischen Mächte wurde zum Weltkrieg.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs war international die Expansionsfähigkeit des Kapitalismus noch lange nicht erreicht, das deutsche Kapital aber wurde mit dem imperialistischen Diktatfrieden von Versailles weit hinter seine bisherigen Wirkungsmöglichkeiten zurückgeworfen. Wie schon im 19. Jahrhundert vor der Reichsgründung wurde es sozusagen zum „Kapital ohne Raum“.

Das deutsche Kapital in seinen verschiedenen Fraktionen hat nie seine Expansionsabsichten aufgegeben. Die Weimarer Republik wurde von ihm nach der Maßgabe behandelt, ob sie diesem Ziel im Weg stand oder bei seiner Erreichung behilflich sein konnte. Einige Jahre lang wurde sie hingenommen. Unter dem Schock

nicht nur der Kriegsniederlage, sondern auch der russischen Oktoberrevolution 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918 arrangierte man sich sogar mit den Gewerkschaften: die Koalitionsfreiheit wurde anerkannt, es gab den Achtstundentag und Betriebsräte. All dies aber geschah nur unter Vorbehalt, so lange das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nichts Anderes zuließ.

1929 aber war die Schonzeit der Demokratie und der sozialstaatlichen Ansätze vorbei. Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) – die Vorgängerorganisation des heutigen Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) – veröffentlichte in diesem Jahr eine Denkschrift: „Aufstieg oder Niedergang?“. Das war das Lambsdorff-Papier der Weimarer Republik, allerdings viel weitergehend. Seine Ziele waren: umfassender Sozialabbau, und die SPD, die seit 1928 den Kanzler stellte, musste raus aus der Regierung. So geschah es 1930. Heinrich Brüning sollte das Programm des RDI umsetzen. Auf demokratische Weise ging das nicht mehr. Jetzt wurde mit Notverordnungen, die nicht vom Reichstag beschlossen worden waren, regiert. Heinrich Brüning hat den Abbau von Sozialleistungen und die Ruinierung der öffentlichen Haushalte – besonders der Gemeinden – tatkräftig betrieben und in der Weltwirtschaftskrise, die 1929 ausgebrochen war, die Talfahrt der Ökonomie beschleunigt. Für seine Politik hatte er nie eine Mehrheit (es sei denn die Tolerierung durch die ungeliebte SPD), deshalb war er auf Dauer für die Zwecke des Großkapitals – neben den Ruhrbaronen, der Chemie- und Elektroindustrie auch die Banken – ungeeignet. Er wurde abgelöst. Seine beiden Nachfolger: Franz von Papen und Kurt von Schleicher, sollten den Übergang von der Republik zu einem noch autoritäreren Regime vorbereiten. Die nationalsozialistische Bewegung konnte eine Massenbasis bieten. In einer Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 26. Januar 1932 warb Hitler um größere Unterstützung. Auf seine Anregung hin gründete der eher mittelständische Unternehmer Wilhelm Keppler, seit 1927 Mitglied der NSDAP, im April 1932 einen „Studienkreis für Wirtschaftsfragen“, den so genannten Keppler-Kreis, aus dem nach dem 30. Januar 1933 der „Freundeskreis Reichsführer SS“ hervorging. Ziel war die Erweiterung von Kontakten zur Industrie. Durch seinen großen Sieg in der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wurde Hitler als Partner attraktiver. Aber in der nächsten Wahl, am 6. November 1932, erlitt die NSDAP einen Rückschlag. Es war denkbar, dass die so genannte nationalsozialistische Bewegung ihren Höhepunkt überschritten hatte. Darauf kam es zur so genannten „Industrielleneingabe“ vom 19. November 1932, die die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler forderte. Einer der Unterzeichner war der frühere Präsident der Reichsbank, Hjalmar Schacht, der dieses Amt später auch unter Hitler – von 1933 bis 1939 – versah und 1934 – 1937 Reichswirtschaftsminister war. Am 4. Januar trafen sich Keppler, Schacht und der mittlerweile als Kanzler durch Schleicher ersetzte Franz von Papen in der Wohnung des Kölner Bankiers Kurt von Schröder und einigten sich darauf, Schleicher zu stürzen und durch eine Koalition Hitlers mit dem konservativen Medienmogul der Weimarer Republik – Alfred Hugenberg – abzulösen. Das war die Vorbereitung der Entscheidung Hindenburgs am 30. Januar 1933, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Was folgte, war dann nur noch eine Art Verwaltungsakt: Hitler wurde nicht gewählt, sondern ernannt, es gab keine *Machtergreifung*, wie die Nazis das selber nannten, sondern eine *Machtübertragung* durch die Eliten von Kapital, Großgrundbesitz und Staatsapparat an die NSDAP. Was hat das alles mit den Gewerkschaften zu tun?

So viel: Wir haben gesehen, wie seit 1929 Großgrundbesitz und Großkapital systematisch auf die Beseitigung der Demokratie hinarbeiteten. Diese Demokratie war ihnen im Weg bei der Erreichung eines Ziels, das sie nie aus dem Auge verloren

hatten: die Wiederaufnahme ihres Kurses internationaler, letztlich militärischer Expansion. Das war mit der SPD, die auf eine internationale Friedensordnung gesetzt hatte, nicht zu machen, und die KPD war ohnehin von Anfang an der Feind.

Das zweite Ziel der Unternehmer aber war die Wiederherstellung des Herr-im-Hause-Regimes, die Erhöhung des Profits, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen und die Einsparung von Sozialabgaben. Für diese Wende waren die Gewerkschaften der Hauptfeind. Die Offensive setzte schon 1928 ein, im so genannten Ruhreisenstreit.

In diesem Jahr trat die SPD nach fünfjähriger Oppositionszeit und einer gewonnenen Wahl erstmals wieder in eine Reichsregierung ein, allerdings in eine Große Koalition mit der Partei der Schwerindustrie, der Deutschen Volkspartei. (DVP) Ein Sozialdemokrat, Hermann Müller, wurde Kanzler. Dass infolge der Reichstagswahl 1928 dieser Kompromiss eingegangen werden musste, war für die Unternehmer ein Warnsignal. Sie wollten auf ökonomischer Ebene ein Zeichen setzen, das dann auch auf der politischen Ebene Wirkung haben sollte. Die Konjunktur war noch gut, deshalb kündigten die sozialdemokratischen, die christlichen und sogar die liberalen Gewerkschaften den Tarif in der westfälischen Eisenindustrie und stellten Lohnforderungen. Die Unternehmer antworteten sofort mit der Ankündigung einer Massenaussperrung. Ein staatlicher Schlichter wurde bestellt, sein Spruch von den Gewerkschaften akzeptiert, von den Unternehmern abgelehnt. Nun trat die Aussperrung in Kraft. Ein zweiter Schlichterspruch lag weit unterhalb des ersten. Die Gewerkschaften, durch die Aussperrung geschwächt, meinten zustimmen zu müssen. Dadurch verloren sie Rückhalt bei einem Teil der Belegschaften, die sich enttäuscht einer kommunistischen Roten Gewerkschaftsopposition zuwandten. Für die Unternehmer war der Ausgang des Ruhreisenstreits ein großer Sieg. Es ging ihnen nicht einmal so sehr um die Höhe des Lohns, sondern es ging ihnen in erster Linie darum, das System der staatlichen Schlichtung auszuhebeln. Diese Schlichtung und ihre etwaige Verbindlichkeitserklärung durch den Staat war ein Zugeständnis an die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg gewesen. Die Unternehmer hatten sie nur zähneknirschend als Eingriff des Staates in die Wirtschaft hingenommen. Jetzt war ein erster Schritt zur Wiederherstellung ihrer Alleinherrschaft im Betrieb getan.

Kurz darauf, 1929, brach die Weltwirtschaftskrise aus. Die Massenarbeitslosigkeit schwächte die Gewerkschaften. Die Unternehmer sahen dadurch eine Möglichkeit, das, was ohnehin schon wankte, noch zu stoßen. Das ist der Hintergrund der Regierungskrise von 1930, die dann zum Ausscheiden der SPD aus der Regierung führte. Auch hier ging es um ein gewerkschaftliches Thema.

Die Massenarbeitslosigkeit hatte die Mittel der Reichsanstalt für Arbeit, die 1927 ins Leben gerufen worden war, erschöpft. Um sie aufzustocken, wurde über drei Wege diskutiert: Erhöhung des Reichszuschusses, Senkung der Leistungen, Erhöhung der Beiträge. Eine Erhöhung der Beiträge wurde tatsächlich beschlossen, reichte aber nicht aus. Die SPD schlug eine weitere Erhöhung sowie eine Solidaritätsabgabe der Festbesoldeten vor. Die Unternehmerpartei DVP lehnte ab. Überlegungen für einen Kompromiss, der Leistungskürzungen einschloss, konnten die Gewerkschaften nicht mittragen. Daraufhin reichte der sozialdemokratische Kanzler seinen Rücktritt ein, die Unternehmer hatten ihr Ziel erreicht.

Es ist seitdem immer wieder darüber diskutiert worden, ob die Gewerkschaften 1930 hätten flexibler sein sollen. Diese Frage muss meiner Meinung verneint werden. Zustimmung der Gewerkschaften hätte ihren Rückhalt in der Arbeiterklasse weiter geschwächt und die nächste Offensive der Unternehmer nicht vermieden.

Allerdings: die Katastrophe nahm dennoch ihren Lauf. Bei der Reichstagswahl 1930 wurde die NSDAP zweitstärkste Partei, eine parlamentarische Mehrheit ohne sie war nicht mehr möglich. Damit endete praktisch schon die Weimarer Demokratie, also 1930, nicht erst 1933. Der neue Reichskanzler, Brüning, regierte ohne den Reichstag, nur mit Notverordnungen des Reichspräsidenten Hindenburg. Zugleich bestand die Befürchtung, dass er sich letztlich doch noch eine Mehrheit im Reichstag verschaffen werde, unter Einschluss der NSDAP. Um eine weitere Rechtsverschiebung zu verhindern und aus Angst vor Neuwahlen beschloss die SPD, Brüning zu tolerieren. Sie trug damit faktisch seine Politik des Sozialabbaus mit. Damit schwand ihr Rückhalt weiter. Als am 20. Juli 1932 Brünings Nachfolger Papen durch einen Staatsstreich die von dem Sozialdemokraten Otto Braun geführte preußische Landesregierung absetzte, rührte sich zu deren Verteidigung keine Hand. Ein Angebot der Kommunisten für einen Generalstreik wurde von den Gewerkschaften nicht angenommen. Dafür gab es zwei Gründe:

Erstens: Die Massenarbeitslosigkeit war eine schlechte Voraussetzung für einen erfolgreichen politischen Streik.

Zweitens: SPD und KPD waren verfeindet. Seit 1929 bekämpfte die KPD die sozialdemokratische Führung und beschimpfte sie als „sozialfaschistisch“. Nachdem der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, am 1. Mai 1929 in eine Demonstration hatte schießen lassen, gab es vor allem junge Arbeitslose, denen die falsche These vom Sozialfaschismus einleuchtete. Danach kam die Tolerierung Brünings durch die SPD. Somit hatten sich die Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen noch weiter verschlechtert. Der Vorschlag der KPD zum Massenstreik verhallte ungehört.

Damit sind wir nun schon im Juli 1932, und ein halbes Jahr später war Hitler an der Macht.

Wenn man Geschichte so erzählt, nimmt sie eine fatale Zwangsläufigkeit und Alternativlosigkeit. So kann man letzten Endes nicht argumentieren, denn das wäre das Ende jeder Politik. Es ist nach dem subjektiven Faktor nicht nur der Reaktion und des Kapitals zu fragen, sondern auch nach dem konkreten Handeln der Arbeiterbewegung, hier: der Gewerkschaften. Und da ist das Bild ebenfalls nicht sehr positiv.

Am 10. April 1933 erklärte Hitler den Ersten Mai zum gesetzlichen Feiertag, vorher war er das nur in Hamburg und Sachsen gewesen. Jetzt wurde er zum Tag der nationalen Arbeit. Die Parole lautete: „Dich, Arbeiter, wollen wir!“ Für den Ersten Mai 1933 wurde von der NSDAP zu einem Massenaufmarsch auf dem Tempelhofer Feld in Berlin mit einer Rede Hitlers und in vielen deutschen Städten aufgerufen. Was tat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund? Er rief ebenfalls zur Teilnahme auf, und diesem Aufruf wurde gefolgt. Mag der 2. Mai 1933 mit dem Verbot der Gewerkschaften und der Besetzung ihrer Häuser die größte Niederlage der Gewerkschaften gewesen sein, so war der ihm vorangegangene Erste Mai der Tag ihrer größten Schande. Auch hier kann gefragt werden: Wie konnte es dazu kommen?

Hier mag davon gesprochen werden, dass die Machtübertragung an Hitler und ihre Bestätigung durch die Reichstagswahl vom 5. März 1933 einen tiefen Schock und Demoralisierung in der Arbeiterbewegung ausgelöst hatten. Es war eine Zeit des nationalistischen Rauschs. Viele Funktionäre der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mögen sich in einer ähnlichen Situation gesehen haben wie 19 Jahre vorher, im August 1914: wer da nicht mitmachte, war von den Massen isoliert. Hinzu kam die durchaus aktuelle Gefahr für Leib und Leben. Die Besetzungen der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai waren nicht die ersten gewesen. Sie hatten schon im März begonnen. Ende April waren in Deutschland 46 Gewerkschaftshäuser besetzt, in Baden und Württemberg in Freiburg, Lörrach und Reutlingen. Gewerkschaftsfunktionäre wurden von SA festgenommen und in ihren Folterkellern ausgepeitscht. Die Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand Ende Februar hatten nicht nur Kommunisten getroffen, sondern auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, mag es zuletzt nur noch darum gegangen sein, weiteren Gefährdungen auszuweichen und die Legalität der Organisation zu retten. Dies erwies sich als Illusion. Zu den taktischen Manövern gehörte auch, dass die Gewerkschaften sich jetzt für parteipolitisch neutral erklärten. Das sind sie seit 1945 ohnehin, aber bis 1933 waren sie das nicht, sie waren bewusst Richtungsgewerkschaften: christliche, liberale, sozialdemokratische, zum Schluss auch kommunistische. Der sozialdemokratische ADGB sagte sich nach dem 30. Januar von der SPD los und wollte nur noch sich selbst retten. 1931 hatte er Pläne für Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet und sich der Illusion hingegeben, dass die Kanzler Papen und Schleicher diesen näher treten würden. Es gab sogar ADGB-Funktionäre, die dies selbst von Hitler erwarteten. Und hier wurde eine Schwelle überschritten: die Schwelle zur aktiven Anbiederung nicht mehr aus Taktik – was schlimm genug gewesen wäre –, sondern aus nationalistischer Überzeugung.

Den folgenden Hinweis auf dieses dunkelste Kapitel der deutschen Gewerkschaftsgeschichte verdanke ich einem Referat von Peter Scherer, langjähriger Bibliothekar der IG Metall. Ich zitiere aus seinem Vortrag, den er in Frankfurt/Main gehalten hat. Er sagte:

„Walther Pahl, Sekretär beim ADGB-Bundesvorstand und seit 1932 Leiter der ‚Zentralstelle für den Freiwilligen Arbeitsdienst‘ des ADGB“, schrieb in der ‚Gewerkschafts-Zeitung‘ (das war das offizielle Organ des ADGB) vom 29. April [gemeint ist: 1933. g] einen Artikel mit der Überschrift: ‚Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft‘“. Dort führte er aus, jetzt seien, ich zitiere weiter: „geschichtlich gesehen, zum ersten Male, wirklich die Bedingungen für die erfolgreiche Inangriffnahme der Sozialisierung erfüllt. Damit ist aber zugleich der Nationalsozialismus mit einer geschichtlichen Verantwortung von ungeheurer Größe belastet: Er muss den Sozialismus verwirklichen, weil ihm zum ersten Male die Aufrichtung einer Herrschaft gelang, die ihn nicht nur verwirklichen will, sondern auch verwirklichen kann.“¹

Die Mai-Nummer der "Gewerkschafts-Zeitung" empfahl diesen Artikel mit folgenden Worten, neues Zitat:

"Es ist erklärlich, dass die Wendung der Dinge seit dem 5.März (der Reichstagswahl), dass namentlich aber die Erhebung der Maifeier zum Volksfeiertag durch den Entschluss der Reichsregierung in den Kreisen der Arbeiterbewegung,

¹ Gewerkschafts-Zeitung, S. 261.

besonders der jüngeren Generation, Anlass zu Betrachtungen über die Stellung zu dem nationalsozialistischen Regime bietet. Einem Beitrag von Walther Pahl, der dem Bestreben entspringt, vom Sozialismus her eine Stellung zur nationalen Revolution zu finden, geben wir namentlich darum [...] gerne eine Stätte, weil die Möglichkeit zu einer öffentlichen Aussprache zurzeit eng begrenzt ist."² Ende des Zitats.

Bis hierhin habe ich mich bemüht, schwere Fehler zwar nicht zu entschuldigen, aber doch zu erklären. Wie aber, zu ist zu fragen, sind diese ja nun doch ungeheuerlichen Auslassungen Pahls zu erklären? Die Nazis bezeichneten sich als Sozialisten, „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, und Pahl übernahm diese Propaganda. Auf jeden Fall lassen sich solche Ausführungen nicht damit entschuldigen, dass man sagt, nach der Machtübertragung an Hitler sei ja ohnehin alles egal gewesen, und was die ohnmächtige Führung des ADGB noch sagte und schrieb, sei ohne Bedeutung, denn die Basis sei ohnehin ohnmächtig und desorientiert gewesen, vielleicht sogar übergelaufen. Das trifft nicht zu. Die Arbeiterbasis hat auch im Frühjahr 1933 noch Zeichen ihres Eigenlebens gegeben. Ich meine die Betriebsratswahlen, die von Februar bis April 1933 stattfanden. Dort erlitt die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) eine schwere Niederlage: sie bekamen nur 11,7 Prozent der Stimmen, wohlgermerkt in einer Situation, in der die NSDAP bei den Reichstagswahlen im März 43,9 Prozent erhielt. Die Arbeiter blieben den Kandidaten ihrer bisherigen Gewerkschaften treu. Im März 1934 wurden mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ die Betriebsräte abgeschafft und durch so genannte Vertrauensräte ersetzt. Bei den Wahlen zu diesen im März 1934 erhielten die Einheitslisten von Unternehmern und NSBO nur 25 Prozent, drei Viertel der Belegschaften boykottierten die Wahl. Auch bei den Wahlen 1935 blieben die NSBO-Listen in der Minderheit. Daraufhin wurden die Vertrauensratswahlen 1936 abgesagt und fanden auch später nicht mehr statt. Die Kapitulation der ADGB-Führung von 1933 entsprach also nicht der Stimmung in den Belegschaften. Erst in den folgenden Jahren mag die NSDAP auch dort Eindruck gemacht haben. Dies hatte verschiedene Ursachen: sozialpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel Einführung des Kindergelds und mehrerer bezahlter Feiertage, Propaganda, Terror und schließlich die militärischen Erfolge in den beiden ersten Kriegsjahren. Die Anpassung des ADGB 1933 mag auf diese Entwicklung keine Fernwirkung mehr gehabt haben, aber es ist nicht gleichgültig, in welcher Haltung eine Organisation und in diesem Fall ihre Spitze unterliegt. Am 1. Mai 1933 hat etwas stattgefunden, was in anderem Zusammenhang einmal Erich Kästner so verspottete, ich zitiere:

„Was auch geschieht, nie dürft ihr so weit sinken,
Von dem Kakao, durch den man euch zieht,
Auch noch zu trinken.“

Ende des Zitats.

All das, was hier berichtet werden musste, ist nun einmal geschehen, das Leben und die Geschichte gehen weiter, Geschehenes kann nicht ungeschehen gemacht werden, aber es kann aus der Geschichte so gelernt werden, dass Geschehenes sich nicht wiederholt. Was wären das für Lehren, die aus dem 1. und 2. Mai 1933 gezogen werden können?

Fangen wir ganz grundsätzlich an und stellen wir eine vielleicht naiv klingende Frage: Was sind eigentlich Gewerkschaften?

² Gewerkschafts-Zeitung, S. 257.

Hierzu ein sehr altes Zitat, ich lese es vor:

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ Dieses alte Zitat ist – einige werden es erraten haben – von Karl Marx, aus seiner Schrift „Lohn, Preis und Profit“ (MEW 16: 101 – 152, hier S. 152) Es ist aus den Anfängen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und es besagt: Gewerkschaften sind nötig gegen die Gewalttaten des Kapitals. Zu ihren Mitteln gehören die Organisation und die Kartellierung von Arbeitskraft. Wenn es Arbeiterinnen und Arbeitern gelingt, im Konfliktfall ihre Arbeitskraft knapp zu halten oder sogar zu verweigern – im Streik –, dann kartellieren sie ihre Arbeitskraft. Sie bewegen sich damit nach den Gesetzen des Marktes, und auch Marx findet das in Ordnung so. Aber dieser Markt ist Teil der kapitalistischen Gesellschaft, da gibt es ein Oben und ein Unten, und letztlich sind die Arbeiter immer unten. Gewonnenes kann wieder verloren gehen. Wir haben es in der Bundesrepublik selbst erlebt: Mit dem Ende der Vollbeschäftigung Mitte der siebziger Jahre wurde die Fähigkeit der Gewerkschaften, Arbeitskraft zu organisieren und zu kartellieren, geschwächt.

Was ist da zu tun? „Endgültigen Abschaffung des Lohnsystems?“ Das ist – bei Marx – leichter gesagt als getan. Marx hielt die Revolution in relativ kurzer Zeit für erreichbar. Wir sind inzwischen eines anderen belehrt. Müssen sich Gewerkschaften auf eine lange Frist des Bestehens des Kapitalismus einstellen, wird der Gesichtspunkt der Kartellierung der Arbeitskraft den anderen Gesichtspunkt der Abschaffung des Lohnsystems überwiegen. Diese Kartellierung wird sich stark am jeweiligen Nationalstaat orientieren, und das wiederum kann dazu führen, dass Arbeiterbewegung patriotisch zu Lasten der Arbeiter anderer Länder wird. Am 3. August 1914, also einen Tag, bevor am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zustimmte, beschloss die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, in einem so genannten „Burgfrieden“ alle Streiks einzustellen, und die Gewerkschaften beteiligten sich an der Organisation der Kriegswirtschaft. In einer verzweifelten Bemerkung seines von mir vorhin erwähnten ausgezeichneten Vortrags hat Peter Scherer die Vermutung geäußert, dass die Beseitigung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 immerhin verhindert habe, dass es auch jetzt zu diesem Äußersten an Kollaboration gekommen sei. Deshalb ist festzuhalten: Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist international, oder sie ist nichts. Das ist keine idealistische Forderung, sondern war in ihren Anfängen eine Praxis. In ihren Gründungsjahren im 19. Jahrhundert ging es immer wieder auch darum, bei Streiks in einem Land Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern darum zu bitten, sich nicht als Streikbrecher benutzen zu lassen. Und wenn es den einen schlecht geht, werden Internationalisten sich immer fragen, welchen Anteil ihr eigenes Land daran hat und was sie dafür tun können, um dies zu ändern. Was bedeutet dies für die Gegenwart?

Es ist zurzeit viel die Rede von der so genannten Euro-Krise. Ihre Ursache hat sie im Auseinanderdriften von Nord und Süd. Das Hochtechnologieland Deutschland überschwemmt den europäischen Süden mit seinen Waren und auch mit seinem

Kapital. Die Lohnstückkosten entwickeln sich in Deutschland langsamer als im Süden, auf die lange Sicht der vergangenen dreizehn Jahre sind sie sogar gesunken. Gewiss ist das gut für den Export. Ein Ergebnis ist aber die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden: Sechzig Prozent der bis Fünfundzwanzigjährigen in Griechenland und fünfzig Prozent in Spanien haben keine Arbeit, in Italien und Portugal ist es ein Drittel. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt zu Recht von einer „verlorenen Generation“. Durch den starken Export, außerdem durch niedrige direkte Steuern und Sozialabgaben werden Arbeitsplätze in der deutschen Chemie- und Elektroindustrie bewahrt und geschaffen. Lohnzurückhaltung konkurriert nicht nur Kolleginnen und Kollegen im Süden nieder, sondern verhindert auch die Entstehung von Arbeitsplätzen, auf denen für den Binnenmarkt produziert wird, und im Öffentlichen Dienst. Falls sich Gewerkschaften diesem Kurs unterordnen oder ihn sogar mit betreiben, machen sie sich des Branchenegoismus und des unsolidarischen Verhaltens gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen schuldig. Dies ist in meinen Augen die erste Lehre aus der älteren Gewerkschaftsgeschichte: keine freie Bahn für nationalen Egoismus, in welcher Form er auch auftreten möge. Die zweite Lehre betrifft die Gewerkschaftseinheit.

Wie schon gezeigt, gab es bis 1933 in Deutschland Richtungsgewerkschaften. Eine Lehre aus deren Zersplitterung war die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach dem zweiten Weltkrieg. 1933 noch bildete sich ein „Führerkreis der deutschen Gewerkschaften“ aus Vertretern der freien, der christlichen und der liberalen Gewerkschaften. Im Nachhinein ist dieser als eine der Quellen der Einheitsgewerkschaft gesehen worden. Für die Vertreter der freien Gewerkschaften gehörte er zu den Schritten zur parteipolitischen Unabhängigkeit von der SPD.

Verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung waren die Feindschaft zwischen SPD und die Spaltung der freien Gewerkschaften. Für letztere ist Sektierertum der Kommunisten verantwortlich gemacht worden, aber auch die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber Brüning. Es handelte sich zugleich um eine soziale Spaltung in der Arbeiterklasse selbst. Die Rote oder Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten waren bei den Arbeitslosen stärker verankert als in den Betrieben. Unter sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern war die Erwerbslosigkeit ebenfalls hoch, aber sie standen der Interessenvertretung der noch Beschäftigten näher als die RGO.

Auch heute ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung nicht etwas automatisch Gegebenes, sondern muss immer neu gesichert werden. Es gibt Unterschiede zwischen den Industriegewerkschaften in den exportorientierten Branchen und den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, zwischen fest, zeitweise und prekär Beschäftigten, zwischen Stammbeschäftigten und Leiharbeitskräften. Die Entstehung von Branchengewerkschaften hat nicht nur etwas mit Gruppenegoismus oder der Selbstbezogenheit von Apparaten zu tun, sondern auch mit unterschiedlichen Lagen in der Arbeiterklasse selbst. Hier muss die Einheitlichkeit des Handelns immer neu geschaffen werden.

Das dritte Problem, das ich hier ansprechen möchte, betrifft das Verhältnis von gewerkschaftlichem Handeln und Grundfragen der allgemeinen Politik auch außerhalb der Ökonomie. Wenn Marx die Gewerkschaften davor warnte, sich nur auf ökonomische Interessenvertretung zu beschränken, dann nicht nur unter dem Aspekt des – wie sich schließlich zeigte – allenfalls weit entfernten Fernziels der Aufhebung des Lohnsystems. Auch die Vertretung von Tagesinteressen kann in Gefahr geraten, wenn der politische Rahmen nicht stimmt. Das haben die Gewerkschaften richtig

erkannt und nach dieser Erkenntnis gehandelt, als sie 1920 durch einen Generalstreik den Kapp-Putsch niederwarfen. Und was geschieht, wenn diese Kraft nicht mehr besteht, zeigte sich 1933. Die NSDAP gab es schon seit 1920, sie wurde zunächst als Sekte unterschätzt. Zugleich aber gab es schon die Fememorde gegen den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger und den Außenminister Rathenau.

Im wiedervereinigten Deutschland nach 1990 bis in die jüngste Gegenwart gab es die NSU-Morde, bei denen der Inlandsgeheimdienst eine katastrophale Rolle spielte. Wir erleben, wie die NPD denen, die sie verbieten wollen, eine Nase dreht. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Behörde, die sich Verfassungsschutz nennt, nicht etwa blind auf dem rechten Auge ist, sondern sehr genau hinsieht, wo sie hinsehen will, nämlich nach links, und wo sie partout nichts sehen darf und will: rechts. Der einzige effektive Verfassungsschutz liegt außerhalb des Staatsapparats, nämlich im Kampf der arbeitenden Menschen für ihre Rechte. Starke und selbstbewusste Gewerkschaften, die die nach wie vor vorhandene Gefahr faschistischen Terrors bekämpfen, bedeuten eine starke Demokratie.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum gewerkschaftlichen Widerstand und zu den Opfern sagen.

Ja, es gab Widerstand. Seine Basis hatte er in den Betrieben, wo nach der Niederlage von 1933 vorsichtig und mutig neue Verbindungen geknüpft und alte wieder aufgenommen wurden. Auch hier zeigte sich, wie wichtig Internationalismus ist. Die Internationale Transportarbeiterföderation ITF unter ihrem niederländischen Generalsekretär Edo Fimmen baute Strukturen auf, die in Deutschland selbst wirkten. In diesem Netz arbeitete in Deutschland selbst Adolph Kummernuss, der nach 1945 Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV geworden ist. Zeitweise gab es eine „Vorläufige Reichsleitung für den Wiederaufbau der Gewerkschaften“, auch „Illegale Reichsleitung“ genannt, in der Heinrich Schliestedt, bis 1933 Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wirkte, bevor er in die Emigration gezwungen wurde. Die Reste der RGO verbanden sich mit dem kommunistischen Widerstand, der einen besonders hohen Blutzoll zu entrichten hatte. Der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, 1932/1933 stellvertretender Vorsitzender des ADGB, nahm Kontakt zu den Verschwörern vom 20. Juli 1944 auf und wurde hingerichtet. Lothar Erdmann, Chefredakteur des ADGB-Theorieorgans „Die Arbeit“, hatte sich 1933 stark den Nationalsozialisten anzunähern versucht. Nach dem 2. Mai konnte er nur mühsam seinen Lebensunterhalt fristen. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert. Als er gegen die Misshandlung eines Mithäftlings protestierte, wurde er noch 1939 sadistisch zu Tode gequält.

An diese Menschen, unabhängig von dem, was sie taktisch versucht haben und welche Fehler ihnen vor dem 2. Mai 1933 unterlaufen sein werden, soll nun, am Ende dieses Vortrags durch uns, die wir in einer ganz anderen Lage sind und die wir allesamt nicht wissen, wie wir uns damals verhalten hätten, mit Respekt erinnert worden sein.

Literaturhinweis: Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933. Frankfurt/Main u. a. 1975.